

Wien, Dienstag, den 22. November 1927.

Der Haushaltsplan der Gemeinde für 1928. Der städtische Finanzausschuss setzte heute die Beratung des Hauptvoranschlags fort. Es wurde vorerst die Spezialdebatte über das Kapitel Finanzwesen abgeführt. Die Gemeinderäte Angermayer und Binder verlangten, dass die Pfründner, Arbeitslosen und Kleinrentner von der Wohnbausteuer befreit werden sollen. Die Bezeichnung: Errichtet aus den Mitteln der Wohnbausteuer, die auf allen städtischen Neubauten angebracht wird, soll auf Wunsch der Mitglieder der Minderheit entfallen, weil nur ein Drittel der Ausgaben für den Wohnhausbau durch die Einnahmen aus der Wohnbausteuer gedeckt wird. Gemeinderat Zimmerl wendet sich gegen die Befreiung der Konsumvereine von der Fürsorgeabgabe; die rückständigen Beträge an Lustbarkeitsabgabe werden bei einem Betriebswechsel dem Nachfolger angelastet, was die Uebernahme eines jeden Betriebes sehr erschwere. Gemeinderat Uebelhör wünscht die Befreiung der ernstesten Veranstaltungen von der Lustbarkeitsabgabe. Unverständlich sei auch, dass bei Konzerten die Abgabe sieben Prozent beträgt, während sie bei Konzertakademien sofort auf zwanzig Prozent steigt. Das Gesetz über die Lustbarkeitsabgabe bedürfte einer gründlichen Reform.

Stadtrat Breitner erwidert, dass die Gemeinde den Pfründnern einen Mietzinsbeitrag gewährt, der die Wohnbausteuer übersteigt. Eine Befreiung der Kleinrentner und Arbeitslosen von der Wohnbausteuer würde für diese Personen gar keine Entlastung bedeuten, weil es sich hier um monatliche Steuerbeträge bis zu 90 Groschen handelt. Der Magistrat würde aber eine ungeheure Mehrarbeit zu leisten haben. Hier erfolgt übrigens infolge der vorbildlichen Wohlfahrtspflege der Gemeinde ein gewisser Ausgleich. Die Befreiung der Konsumvereine von der Wohnbausteuer ist im Gesetz festgelegt und hat ihre Begründung in den höheren sozialen Lasten, die diese Körperschaften zu tragen haben. Alle Veranstaltungen, die auf Veranlassung des Stadtschulrates in den Schulen abgehalten werden, ferner die Veranstaltungen der Urania, des Volksheimes und des Volksbildungsvereines, wenn sie in den eigenen Heimen abgehalten werden, sind von jeder Lustbarkeitssteuer befreit. Eine Konzertakademie übt naturgemäss auf die breiten Massen eine grössere Anziehungskraft aus, als ein einfaches Konzert, weshalb ein höherer Steuersatz gerechtfertigt ist. Bei der Bezahlung der rückständigen Lustbarkeitsabgabe durch den neuen Betriebsinhaber wird immer das grösste Entgegenkommen geübt. Gemeinderat Binder wendet sich gegen die parteimässige Einreihung und Ausreihung von Betrieben in und von der Nahrungs- und Genussmittelabgabe. Gemeinderat Zimmerl wünscht, dass die Gemeinde mit der Genossenschaft der Gastwirte in ein ebensolches Verhältnis kommen möge, wie mit den anderen Organisationen. Stadtrat Breitner erwidert, dass die Gemeinde mit allen Organisationen in einer unausgesetzten Aussprache stehe. Wenn die Genossenschaft der Gastwirte sich zu einer anderen Praxis entschliesst, wird die Gemeinde mit ihr in ein ebensolches Verhältnis kommen, wie mit den anderen Genossenschaften. Ohne Debatte wird die Post Fremdenzimmerabgabe angenommen. Gemeinderat Zimmerl stellt den Antrag, das Gesetz bezüglich der Wertzuwachsabgabe dahin abzuändern, dass der sogenannte alte Besitz der vor dem Jahre 1919 erworben wurde, von der Wertzuwachsabgabe befreit werde. Gemeinderat Angermayer erklärt, dass heute beim Hausbesitz von einem Wertzuwachs überhaupt nicht die Rede sein kann. Der Hausbesitzer ist jetzt nur mehr ein problematischer Besitzer.

Stadtrat Breitner erklärt, dass die Abgabensätze ohnedies abgestuft sind, wodurch eventuelle Härten vermieden werden. Der Antrag des Gemeinderates Zimmerl wird abgelehnt. Ohne Debatte werden dann die Posten Anknüpfungsabgabe und Anzeigenabgabe angenommen. Gemeinderat Binder erklärt, dass die Hauspersonalabgabe sehr reformbedürftig sei. Insbesondere werden alte Hausgehilfen wegen der Steuer arbeitslos gemacht. Gemeinderat Zimmerl erklärt, dass ein grosser Teil von Hauspersonal abgebaut wurde, weil die Hauspersonalabgabe eine zu hohe Steuer sei. Wenn die Gemeinde schon die Arbeitslosigkeit bekämpft, so müsse sie auch die Hauspersonalabgabe reformieren. Stadtrat Breitner erwidert, dass die Personalabgabe keineswegs eine harte Steuer sei. Von 560.000 Haushalten in Wien sind bloss 6800 abgabepflichtig, die mehr als eine Hausgehilfin beschäftigen. Bei der Verhandlung der Post Kraftwagenabgabe sagt Gemeinderat Kunschak, dass die Motorradfahrer in Wien schon nahezu zu einer Qual werden. Gemeinderat Uebelhör wünscht eine weitere Ermässigung der Kraftwagenabgabe für Kleinpersonenwagen. Sodann wird ohne Debatte die Pferdeabgabe angenommen. Gemeinderat Kunschak protestiert bei der Verhandlung der Post Hundeabgabe gegen die Betrauung des Bundes der Tierfreunde mit der Ausgabe der ermässigten Hundemarken. Stadtrat Breitner erwidert, dass der Wiener Tierschutzverein nur seine Freude darüber ausgedrückt hat, dass er nicht/der Ausgabe der ermässigten Hundemarken betraut ist, weil er dadurch einer grossen Arbeit entzogen wurde. Ohne Debatte werden die Posten Feuerveräicherungsbeitrag und Feilbietungsabgabe verhandelt. Bei der Beratung der Konzessionsabgabe wünscht Gemeinderat Kunschak Aufklärung, wieviel Konzessionen in diesem Jahr mehr ausgegeben wurden. Stadtrat Breitner zusage. Nach Verabschiedung der Post Verwaltungsabgaben und Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens erklärt Gemeinderat Kunschak, dass die Wasserkraftabgabe eine Art Geldanlage auf ein Sparkassabuch ist. Er wünscht und stellt schliesslich den Antrag auf Streichung derselben. Gemeinderat Angermayer erklärt, dass er es nicht verstehe, warum die Kosten des Wasserkraftwerkes, die aus allgemeinen Steuergeldern bestritten wurden, nun noch einmal durch die Wasserkraftabgabe hereingebracht werden sollen. Stadtrat Breitner erklärt, dass die Buchung der Wasserkraftabgabe keineswegs eine Besaurierung ist. Der Antrag Kunschak wird abgelehnt. Ohne Debatte wird dann die Post Bierabgabe angenommen. Der Ausschuss verhandelt dann die Post Gemeindegeld und sonstige Schulden, wobei Gemeinderat Angermayer ersucht, bei der Aktion Kleinrentnerhilfe keinen kleinlichen Standpunkt wahren zu lassen. Trotz Terminverzögerung der Anmeldung haben sich noch viele alte Leute verspätet angemeldet. Diesen soll die Gemeinde auch entgegenkommen. Stadtrat Breitner erklärt, dass der Kleinrentnerausschuss bald seine Arbeit aufnehmen werde. Härten werden nach Möglichkeit vermieden werden. Nach der Beratung der Posten Anteil der Gemeinde Wien an öffentliche Ämtern, bewegliches Gemeindevermögen und sonstige Einnahmen und Ausgaben ist die Spezialdebatte beendet. Die Verwaltungsgruppe II (Finanzwesen) wird sodann angenommen.

Der Finanzausschuss tritt nun in die Generaldebatte über die Verwaltungsgruppe I (Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform) ein. Stadtrat Spisser erklärt, dass der Voranschlag für 1928 einen Gesamtaufwand von 169,857.110 Schilling vorsieht. Diese Summe ist um etwa 16 Millionen grösser, als die im Voranschlag für 1927. Die Gesamtzahl der aktiven Angestellten und Lehrpersonen beträgt 26.029.

Der Ausschuss bricht sodann die Verhandlungen ab. Nächste Sitzung Mittwoch um 5 Uhr nachmittags.